

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 21. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/021/2017)

am Mittwoch, 16. August 2017,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:**Vorsitzender**

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg
 Dr. Helfried Reuther
 Kerstin Wagner
 Tina Siebeneicher
 Gordon Engler
 Dr. Margot Gaitzsch

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Maria Elena Domingo San Juan
 German Levenfus
 Rustam Maks
 Dr. Md Shahinur Rahman
 Viktor Vincze entschuldigt
 Yujie Yao
 Halyna Yefremova

Abwesend:**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Kathrin Bastet
 Vincent Drews
 Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui
 Dr. Asad Mamedow entschuldigt
 Dr. Juri Tsoglin entschuldigt/Urlaub

Verwaltung:

Herr Schubert GB 5 / Amt 50.5
 Frau van Kaldenkerken GB 3 / Amt 33
 Frau Engelbrecht GB 3 / Amt 33.1

Gäste:

Herr Jan Pratzka

Frau Inga Berenhardt

Herr Sergei Berenhardt

Herr Robert Baumgarten

Jobcenter Dresden

Integra Plus e. V.

Integra Plus e. V.

Stadtsportbund Dresden e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Vorstellung der geplanten Aktivitäten zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- 2 Arbeitsweise des Jobcenters in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund
- 3 Familienangehörige jüdischer Zuwanderer
- 4 Vorberatung zur Überarbeitung der "Satzung über die Wahlordnung der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden"
- 5 Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 6 Informationen/Sonstiges

öffentlich

Herr Dr. Jinah eröffnet die 21. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates. Er heißt alle Anwesenden herzlich willkommen. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Herren Dr. Tsoglin, Dr. Mamedow und Vincze haben ihm im Vorfeld angezeigt, nicht an der Sitzung teilnehmen zu können.

Ebenso habe der Sächsische Ausländerbeauftragte, Herr Mackenroth, seine Teilnahme abgesagt. Jedoch liege zu TOP 3 „Familienangehörige jüdischer Zuwanderer“ ein Schreiben vor, welches heute verlesen werde. Für die nächste Sitzung am 27. September 2017 wolle er Herrn Mackenroth erneut einladen, damit über die Thematik gesprochen werden könne. Weiterhin werde er anregen, dass neben Herrn Mackenroth auch seine juristische Referentin an der Sitzung teilnehmen solle, damit die juristischen Zusammenhänge näher erläutert werden können. Herr Dr. Tsoglin habe bereits großes Interesse angemeldet.

Zum TOP 4 (Vorberatung Überarbeitung Wahlordnung) wünscht Herr Dr. Jinah, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden solle und begründet das. Von Seiten der Schriftführerin wird über die Verfahrensweise aufgeklärt, wonach der TOP 4 öffentlich beraten wird.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Herr Maks fragt nach, ob Rederecht für anwesende Gäste beantragt werden könnte.

Dazu informiert **Herr Dr. Jinah**, dass das möglich sei. Zu TOP 2 würden Vertreter aus dem Verein „Integra“ sprechen und Fragen Herrn Pratzka (Jobcenter Dresden) stellen wollen.

Frau Stadträtin Malberg bringt vor, dass man erst einmal mit Herrn Pratzka absprechen müsste, ob er bereit bzw. vorbereitet sei, auf spontane Fragen von Gästen zu antworten.

Herr Pratzka erklärt, er sei natürlich für alle Frage offen, aber ob jede Frage auch sofort beantwortet werden kann, könne er natürlich nicht sagen.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch äußert, dass die Mitglieder für anwesende Gäste Rederecht beantragen könnten und der Beirat darüber abstimmen müsse.

Herr Dr. Jinah stellt auf seine Rückfrage zur Erteilung von Rederecht für die beiden Gäste fest, dass dem Rederecht nicht widersprochen wird.

1 Vorstellung der geplanten Aktivitäten zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Herr Baumgarten vom Stadtsportbund Dresden e. V. berichtet anhand einer Präsentation, welche den Mitgliedern nachgereicht werde, über das Programm und die Projekte zur Integration durch und mit Sport. Im Detail erläutert er die Struktur, informiert über stattgefundenen Umfragen, deren Resonanz und über weitere Projekte, wie z. B. den Integrationspreis der Landeshauptstadt Dresden, über Inklusionsmanager/Integrationslotsen sowie über integrative Maßnahmen. Er schildert die Situation in Dresden und berichtet über Vereine mit speziellen Angeboten für Flüchtlinge, um diese besser in bestehende Vereine zu integrieren. Wichtig für ein Gelingen von Integration seien gemeinsame Veranstaltungen, die Netzwerkarbeit und auch Personalschulungen.

Herr Dr. Jinah berichtet von der Eröffnung einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Cricketverein. Im Namen von Herrn Oberbürgermeister Hilbert habe er dort eine Rede gehalten, in der auch von einer Unterstützung durch die Landeshauptstadt gesprochen worden sei.

Herr Rahman fragt nach, ob es für den Cricketverein eine Sporthalle gebe bzw. in Planung sei. Momentan werde auf Flächen im Sportpark Ostra gespielt, welche in den Wintermonaten nicht genutzt werden könnten.

Hier sei er der falsche Ansprechpartner, so **Herr Baumgarten**. Die Zuständigkeit liege beim Eigenbetrieb Sportstätten, welcher kommunale Sportflächen verwalte und diese auch verleihe. Dieser sei Ansprechpartner für Flächen, die auch im Winter nutzbar seien. Wo die Möglichkeit bestehe im Winter Cricket zu spielen, könne er nicht sagen. Die Fläche im Ostragehege sei extra dafür ertüchtigt worden. Über die Thematik, den Werferplatz im Ostragehege zu nutzen, sei in der Verwaltung nachgedacht worden. Der aktuelle Sachstand dazu sei ihm nicht bekannt. Kunstrasenplätze könnten im Winter eine Option sein. Diese seien jedoch überwiegend durch Fußballvereine belegt. Es gebe zwar eine Halle im Dresdner Osten (Soccer-Arena), wo von der Dimension her Cricket möglich wäre, aber diese würde privat betrieben.

Herr Levenfus regt an, Informationen mittels eines Flyers in die Öffentlichkeit zu tragen. Zum Beispiel könnten diese auch in der Volkshochschule sowie in Asylunterkünften ausgelegt werden.

Darauf erwidert **Herr Baumgarten**, dass Sportangebote durch Vereine im Internet auf der Homepage des Stadtsportbundes zu finden seien. Des Weiteren gebe es eine Verlinkung seitens der Stadt dazu. Er weist darauf hin, dass die Angebote zu bestimmten Stichtagen gelten und je nachdem wie hoch das Interesse sei, dass diese dann bei geringer Beteiligung auch wieder gelöscht würden. Man könne zu jeder Zeit nachfragen und zu verschiedenen Vereinen entsprechende Informationen bzw. Kontaktdaten einholen. Vonseiten des Dachverbandes werde ein mehrsprachiger Informationsflyer erstellt, der über Strukturen und Regeln aufkläre, um ein gewisses Verständnis für Sportvereine zu entwickeln.

Frau Winkler fragt nach, welche konkreten Aufgaben der halben Stelle (Koordination und Integration in Sportarten) zugeordnet seien und ob dafür geworben werde, dass mehr Vereine bei der „Integration durch Sport“ aktiv würden.

Eine der wesentlichsten Aufgaben sei, Vereine aktiver anzusprechen und Interessierte bei der Antragsstellung zu unterstützen, so **Herr Baumgarten**. Ein weiteres Ziel sei, bestimmte Mechanismen zu entwickeln, um die Angebote so weit wie möglich auf einen aktuellen Stand zu bringen. Ebenfalls wolle man Vereine für Bildungsmaßnahmen sensibilisieren bzw. den Teilnehmern Informationsmaterial zur Verfügung stellen, welche genutzt werden sollten, um sich an Sportvereine zu wenden.

Frau Winkler berichtet, sie werde aus den Reihen der Willkommensinitiativen gefragt, wie man an den Mitteln der Sportförderung Anteil haben könne. Sie empfehle dann, dass man sich einen Sportverein als Kooperationspartner suchen solle und dann könne man beim Eigenbetrieb Sportfördermittel beantragen. Sie fände es gut, wenn diese zukünftige Stelle auch solche Kooperationen zwischen Sport- und Migrantenvereinen vermitteln könnte.

Herr Baumgarten merkt an, dass es sich um eine Koordinierungsstelle handele und die Anregung passe gut in das Aufgabengebiet.

Herr Maks führt an, dass es auch begabte Kinder mit Migrationshintergrund auf dem Gebiet des Sports gebe. Diese Kinder und deren Familien hätten jedoch Probleme von Sachsen wegzuziehen, wenn sie hier registriert seien. Hierzu benennt er das Beispiel, dass zwei Kinder, welche hier in einem Kampfsportverein trainieren würden, in einem anderen Bundesland und somit in einem anderen Verein weiter trainieren sollen. Er fragt nach, ob von Seiten der Stadt für solche Fälle kurzfristige Maßnahmen eingeplant seien und ob die Möglichkeit bestünde, diese Familien beim Wegzug aus Sachsen finanziell zu unterstützen.

Herrn Baumgarten sei so ein Fall nicht bekannt. Er führt aus, wenn ein Sportverein ein Trainingslager in einem anderen Bundesland veranstalte, dann könne der Sportverein einen Antrag auf Unterstützung stellen, unabhängig, ob Kinder mit Migrationshintergrund an dem Trainingslager teilnehmen oder nicht. Ob dem Antrag dann tatsächlich entsprochen werde, hänge vom zur Verfügung stehenden Budget ab.

Für Wettkämpfe, welche in einem anderen Bundesland ausgetragen würden, seien die entsprechenden Fachverbände Ansprechpartner. Hierzu sei die Auskunft erteilt worden, dass die Genehmigungen, den Aufenthaltsbereich zu verlassen, um bundesweit an Wettkämpfen teilnehmen zu können, per Antrag erteilt würden. Dieser Antrag könne über den zuständigen Betreuer gestellt werden.

Herr Maks bedankt sich für die Ausführungen und bittet darum, die Präsentation an die Mitglieder nachzureichen, was zugesagt wird.

Weitere Fragen werden nicht gestellt. **Herr Dr. Jinah** beendet den Tagesordnungspunkt.

2 **Arbeitsweise des Jobcenters in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund**

Herr Pratzka, Geschäftsführer des Jobcenters Dresden, gibt einen Gesamtüberblick zur Arbeitsweise des Jobcenters Dresden in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund (Präsentation – Anlage zur Niederschrift)

Er stellt kurz klar, dass das Jobcenter eine gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt Dresden und der Agentur für Arbeit Dresden sei. Dessen Aufgabe seien die soziale Sicherung, Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie die Integration und Beschäftigung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Bei den Migrantinnen und Migranten liege der Schwerpunkt auf den anerkannten Flüchtlingen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen.

Zur Frage von **Herrn Dr. Jinah** zur Prüfung der Sprachzertifikate mit den tatsächlichen Sprachkenntnissen stellt Herr Pratzka klar, dass die Vermittlungsfachkräfte das nicht im Detail prüfen könnten. Im Gespräch zeigen sich jedoch die Sprachkenntnisse. Im Zweifelsfall könnten sie den berufspsychologischen Service einbeziehen, um dort einen Test zu veranlassen. Das sei wichtig für die angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen, wo entsprechende Sprachkompetenzen Voraussetzung seien.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch bestätigt, dass viel getan werde, insbesondere für junge Menschen im Bereich Berufsausbildung, Sprachförderung, soziale Integration usw. Sie fragt, wie sich das für Menschen über 30 bzw. über 50 Jahre gestalte. Welche speziellen Möglichkeiten der Förderung gebe es dort?

Aus ihrer Sicht gebe es außerdem eine Lücke im System auch in Zusammenarbeit mit dem BAMF, was die Ausbildung in der deutschen Sprache anbelange. Es gebe Integrationssprachkurse oder Alphabetisierungskurse, die nach 600, 900 oder 1.200 h mit dem Sprachniveau B1 enden sollen. Das sei für viele ohne Sprachkenntnisse und ohne Kenntnisse der lateinischen Schrift kaum machbar. Könne man in dem Bereich in Zusammenarbeit mit Jobcenter und BAMF noch eine Zusatzförderung auflegen bzw. auch den weiterführenden Spracherwerb mindestens B2 für den fachspezifischen Spracherwerb?

Ein weiteres Problem sei die Ausbildung. Auch wenn die Flüchtlinge nicht die bei uns übliche Berufsausbildung vorweisen könnten, so haben sie häufig gute Berufserfahrungen, weil sie schon mehrere Jahre in dem Beruf gearbeitet haben. Wie könne diesen Menschen eine reelle Chance gegeben werden, damit sie in ihrem Beruf arbeiten können und nicht als Hilfsarbeiter arbeiten müssen?

Herr Pratzka stellt klar, dass die Instrumente für alle Personen gleich seien. Jedoch falle Älteren das Lernen schwerer. Nach dem Integrationskurs müssten die persönlichen Möglichkeiten sondiert werden. Eine Weiterbildung könnte nur gefördert werden, wenn die Chance bestehe, dass sie auch bestanden werde.

Was die Sprachlücken nach dem Integrationskurs betreffe, so habe man im letzten Jahr im Jobcenter eine Bildungsträgerkonferenz durchgeführt. Die Unterlagen seien im Internet über dresden.de/jobcenter einsehbar. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass der Wunsch nicht realistisch sei, dass alle Teilnehmer den Integrationskurs mit dem Sprachniveau B1 abschließen. Letztlich sei das eine politische Frage. Praktisch seien die Ergebnisse durchwachsen. Das Jobcenter Dresden nutze die Möglichkeiten. Unter den sächsischen Jobcentern habe man die meisten Eintritte im Bereich der berufsbezogenen Deutschsprachförderung.

Der Nachweis von Abschlüssen sei ein kontrovers diskutiertes Thema. Wenn ein Arbeitgeber jemanden ohne Zeugnisse einstelle, so sei das individuell möglich. Außerdem bestehen Möglichkeiten der Anerkennung über das IQ-Netzwerk und durch praktische Arbeit bei der Handwerkskammer seinen Abschluss nachzuweisen. Er gibt zu bedenken, dass gute Arbeitsplätze auch gute Abschlüsse verlangen.

Herr Stadtrat Drews spricht die personelle Aufstockung des Personals im Jobcenter aufgrund der steigenden Kundenzahlen an. Er möchte wissen, wie sich die personellen Kapazitäten im Bereich der anerkannten Flüchtlinge und deren Betreuung darstellen.

Weiter bezieht er sich auf die Anerkennung beruflicher Qualifikation ohne schriftlichen Nachweis und die damit verbundene Qualifikationsfeststellung durch praktische Tests. Nach seiner Meinung seien zu wenige Plätze vorhanden.

Herr Pratzka bestätigt, dass bis zum Herbst 2016 zusätzliche Vermittlungsfachkräfte und Sachbearbeiter eingestellt worden seien. Nur so konnten auch Menschen syrischer Herkunft eingestellt werden, die im Jobcenter dolmetschen.

Von Seiten der beiden Träger der Jobcenter sei in der Haushaltsplanung sichergestellt, dass der Personalstand gehalten werde, was für eine kontinuierliche Betreuung wichtig sei. Schlussendlich liege die Entscheidung bei der Politik. Deswegen sei eine Zahl von Mitarbeiter auch nur bis Jahresende befristet.

Zur Frage, ob die Plätze bei der Qualifikationsfeststellung ausreichen, kann er keine Aussage treffen.

Frau Domingo vertritt die Auffassung, dass das Sprachniveau von B1 nicht für eine Berufsausbildung reiche.

Auf die Fragen von **Frau Domingo** berichtet **Herr Pratzka**, dass 723 Personen, die aus den Hauptherkunftsländern Afghanistan, Syrien, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia stammen, in Dresden sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Die Mehrheit arbeite im Gastgewerbe.

Wenn die Sprachfeststellung ergebe, dass das angestrebte Sprachniveau nicht erreicht worden sei, bestehen ergänzende Kursmöglichkeiten. Zu Details kann er ad hoc keine Auskunft geben. Er verweist auf die Möglichkeiten des BAMF, die auf dessen Internetseite einzusehen seien.

Herr Pratzka macht in dem Zusammenhang auch auf die Regelungen im SGB II aufmerksam, dass Maßnahmen der Deutschförderung Vorrang vor anderen Leistungen haben. Daran sei das Jobcenter gebunden. Er räumt ein, dass es nicht auf alle Fragen eine Lösung gebe. Nach den bisherigen Erfahrungen, seien nach fünf Jahren fünfzig Prozent der Migranten integriert. Ob das für die jüngsten Zuwanderungen zutreffe, werde sich zeigen.

Herr Levenfus dankt dafür, dass sich die Bearbeitungszeit der ALG II-Anträge wesentlich verkürzt habe.

Auf seine Detailfragen zur Behandlung von selbstständigen SGB II-Empfängern im Rahmen der Grundsicherung betont **Herr Pratzka**, dass jeder Vorgang einzeln zu betrachten sei. Das SGB II sei eine individuelle Leistung, die sich nach dem Einkommen des Kunden richte. Der erste Weg sei, wenn man mit seinem Bescheid nicht einverstanden sei, mit dem Servicecenter in Kontakt zu treten, um mit dem Leistungsteam zu sprechen. Gegebenenfalls solle Herr Levenfus mit konkreten Fragestellungen direkt auf ihn zukommen.

Auf die Rückfragen von **Herrn Stadtrat Dr. Reuther** berichtet **Herr Pratzka**, dass mit Stand Juli 2017 3.571 arbeitssuchende Personen im Kontext Fluchtmigration vom Jobcenter Dresden betreut würden. Laut Schätzung würden davon etwa 10 % in Ausbildung bzw. in Arbeit gebracht werden. Im Jahr 2016 sei das erreicht worden. Darunter seien aber auch Personen, die schon länger in Dresden leben und Integrationskurse absolviert haben. Zunächst stehen der Integrationskurs und die Ausbildung im Vordergrund, erst danach die Integration.

Herr Maks spricht Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Netzwerke mit dem Jobcenter an. Er bietet sich als Kontaktstelle für den neu gegründeten Dachverband der Migrantenorganisationen an.

Sehr viele Ehrenamtliche engagieren sich in Dresden, so **Herr Pratzka**. Zu den Hauptaufgaben des Jobcenters gehöre es, dass die Menschen mit Migrationshintergrund gut betreut werden und in Arbeit kommen. Das Jobcenter biete Fachtage an, wo die Möglichkeit bestehe, sich untereinander zu vernetzen. Der Letzte habe am 14. Juni 2017 stattgefunden. Er bittet um Verständnis, dass es personell nicht zu schaffen sei, überall präsent zu sein. Davon unbenommen nehme er konkrete Hinweise und Mangelanzeigen selbstverständlich entgegen.

Auf einen konkreten Fall durch **Herrn Bernhardt** angesprochen, dem zu Beginn der Sitzung Rederecht erteilt worden sei, stellt **Herr Pratzka** klar, dass solche Foren wie der Beirat nicht der richtige Ort seien, um Einzelfälle zu besprechen. Er bittet, ihm die Unterlagen zur Einzelfallprüfung zur Verfügung zu stellen.

Herr Stadtrat Engler bittet um Übersendung der Präsentation. **Herr Pratzka** sagt das zu. (*E-Mail-Versand am 17.08.2017 erfolgt*)

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** dankt Herrn Pratzka im Namen des Beirates für seine Berichterstattung.

3 Familienangehörige jüdischer Zuwanderer

Herr Dr. Jinah reflektiert die bisherigen Bemühungen, bezüglich des Aufenthaltsstatus von Familienangehörigen jüdischer Zuwanderer eine Lösung im Sinne der Familien zu finden. Nach der Antwort aus dem Sächsischen Staatsministerium des Innern habe man sich entschieden, den Sächsischen Ausländerbeauftragten, Herrn Mackenroth, bzw. seine juristische Referentin einzuladen.

Leider könne Herr Mackenroth an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Außerdem habe Herr Dr. Tsoglin um eine Vertagung des Themas gebeten. Er könne heute nicht an der Sitzung teilnehmen. Dieser bemühe sich schon jahrelang um eine Lösung dieser Problematik.

Herr Dr. Jinah sagt zu, das Thema in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen und Herrn Mackenroth und seine juristische Referentin dazu einzuladen.

Davon unbenommen verliest er das Schreiben von Herrn Mackenroth vom 3. August 2017:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Juli 2017 und die damit verbundene Einladung zur Sitzung des Ausländerbeirates am 16. August 2017, welche ich nach meiner Urlaubsrückkehr zur Kenntnis genommen habe. Ich bitte um Verständnis dafür, dass eine allgemein gehaltene juristische Beratung durch die hiesige Geschäftsstelle nicht erfolgt. Soweit uns Einzelfälle bekannt werden, sind wir gern bereit, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen nach Lösungen zu suchen bzw. konnten bereits sachgerechte Lösungen erzielen. Das Problemfeld Familienangehöriger jüdischer Zuwanderer ist über die Stellungnahme des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren vom 7. Februar 2017 hinaus weiteren rechtlichen Ausführungen schwer zugänglich. Sollte vor diesem Hintergrund gleichwohl die Anwesenheit eines Vertreters der Geschäftsstelle zur Bestandsaufnahme gewünscht sein, bitte ich um kurzfristige Mitteilung. Ich selbst bin leider an diesem Tag terminlich verhindert.“

4 Vorberatung zur Überarbeitung der "Satzung über die Wahlordnung der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden"

Herr Dr. Jinah begrüßt zu diesem TOP Frau van Kaldenkerken, Leiterin des Bürgeramtes, sowie Frau Engelbrecht, Abteilungsleiterin Grundsatz, Statistik und Wahlen im Bürgeramt.

Frau van Kaldenkerken erklärt die Hintergründe der Überarbeitung der Wahlordnung. Primär stehe die Erhöhung der Wahlbeteiligung im Fokus, die bei der letzten Wahl bei 10 % gelegen habe. Weiterhin wolle man die Regularien verbessern/vereinfachen. Dazu habe man sich bereits 2014 verständigt. Damals habe man die Wahl noch abwarten wollen.

Anhand einer Präsentation gibt sie einen Überblick über den Sachverhalt und stellt die vorgeschlagenen Änderungen der Wahlordnung vor (Präsentation – Anlage zur Niederschrift):

Ziel solle sein, dass der Integrations- und Ausländerbeirat von möglichst vielen Wählern legitimiert sei.

Herr Dr. Jinah berichtet vom Ergebnis der Beratung der AG Wahlen des Integrations- und Ausländerbeirates Dresden, die am 29. Mai 2017 mit Frau Winkler zum Thema Überarbeitung der Wahlordnung zusammengekommen sei.

Folgende Überlegungen für eine künftige Wahlordnung seien besprochen und folgende Eckpunkte einstimmig bestätigt worden:

1. Die Wahl wird ausschließlich als Briefwahl durchgeführt.
2. Wahlvorschläge von Einzelbewerber/-innen werden zugelassen, welche jeweils 20 gültige Unterstützungsunterschriften benötigen.
3. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme.
4. Die Wahl findet am ersten Sonntag im November 2019 statt.

Darüber sei bereits in der letzten Beiratssitzung diskutiert worden. Im Ergebnis wäre präferiert worden, dass jeder Wahlberechtigte drei Stimmen vergeben könne. Weiterhin sei der Wunsch geäußert worden, eine Möglichkeit einzuräumen, die Briefwahlunterlagen auch direkt im Rathaus abzugeben. Außerdem bestehe der Wunsch, die Wahlunterlagen in verschiedene Sprachen zu übersetzen sowie dass Merktzettel über die Tätigkeit des Integrations- und Ausländerbeirat beigefügt werden.

Frau van Kaldenkerken bemerkt, dass die Stimmenzahl unter dem Aspekt der Vereinfachung reduziert werden solle.

Bei ausschließlicher Briefwahl wäre es möglich, eine Stelle anzugeben, wo die Briefwahlunterlagen abgegeben werden können. Unabhängig davon könnten die Unterlagen unfrei per Post versandt werden.

Herr Stadtrat Drews berichtet aus der letzten Diskussion, dass es für Menschen, die sonst kein Wahlrecht haben, eine wichtige Möglichkeit sei, die Unterlagen bei einer offiziellen Stelle abzugeben.

Frau van Kaldenkerken spricht dafür, den Wahltermin nochmals zu diskutieren, weil man sich mit dem ersten Sonntag im November zu sehr festlege. Im Übrigen könne der Oberbürgermeister die Wahl terminieren.

Des Weiteren müsse man sich zu den Übersetzungen der Unterlagen verständigen. Das Bürgeramt wisse nicht, welche Sprache der jeweilige Wahlberechtigte beherrsche. Auch die Auszählung werde damit erschwert. Eine Möglichkeit wäre, übersetzte Wahlunterlagen in mehreren Sprachen in die Vereine und Verbände zu geben.

Frau Winkler erinnert, dass man sich in der AG verständigt habe, nicht alle Wahlunterlagen zu übersetzen, sondern es solle ein Beiblatt beigelegt werden, welches in den wichtigsten Sprachen die Funktion des Beirates sowie die Wahl erkläre.

Frau van Kaldenkerken betont, dass sie rechtzeitig die Information benötige, welchen Umfang die Informationen haben (Anzahl der Zettel), die den Briefwahlunterlagen beigelegt werden, weil sie das bei der Ausschreibung der Wahlunterlagen berücksichtigen müsse.

Zur Rückfrage von **Herrn Maks** erläutert **Frau Engelbrecht**, dass ihr Bereich bei den zurückliegenden Wahlen festgestellt habe, dass eine Vereinfachung sehr hilfreich wäre, einerseits für die Wahlvorschlagsträger und andererseits für die Wahlvorstände, die das Wahlergebnis ermitteln. Es habe gerade bei der Ergebnisermittlung große Probleme gegeben, weshalb u. a. diese Vereinfachung vorgeschlagen werde. Das werde den Integrations- und Ausländerbeirat nicht ab. Selbst bei der Bundestags-, Landtags- und Oberbürgermeisterwahl sei das Verfahren nicht so kompliziert, wie die jetzige Regelung der Beiratswahl. Die Ergebnisermittlung sei deutlich leichter, und es sei auch für die Wähler/-innen einfacher.

Frau van Kaldenkerken betont, dass die Wahlbeteiligung erhöht werden solle. Auch deswegen werde eine Vereinfachung vorgeschlagen. Die Wahlbeteiligung von 10 % sei zu wenig und nicht befriedigend.

Herr Maks betont, dass die Integration der Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Ziel sei, auch um perspektivisch die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Die Änderung der Wahlregularien allein reiche nicht.

Frau Winkler betont, dass das von Herrn Maks angesprochene Teilhabe-Problem bundesweit bestehe. Die Kolleginnen und Kollegen des Bürgeramtes haben sich sehr in der Sache engagiert. Das bundesweite Problem könnten sie nicht ändern. Also müsse in dem System als Kommune ein Weg gefunden werden, eine Beteiligung der ausländischen Mitbürger möglich zu machen und zu erhöhen. Dafür seien sehr gute Vorschläge eingebracht worden.

Aufgrund der Erfahrungen von der letzten Wahl (Auftauchen von Pseudowahllisten) sei der Vorschlag des Bürgeramtes ein solider Weg.

Herr Levenfus spricht die Öffentlichkeitsarbeit an und wünscht sich für Plakate wie bei der letzten Wahl.

Daraufhin betont **Frau van Kaldenkerken**, dass das Bürgeramt eine Wahlbehörde sei, die die Wahl abwickle. Die Plakatierung gehöre nicht dazu. Sie sei Sache der Parteien, Wählervereinigungen etc.

Frau Winkler erinnert sich, dass das der damalige Vorsitzende, Marc Lalonde, organisiert habe. Da die Kommunalwahl und die Ausländerbeiratswahl zusammengefallen seien, haben die Parteien dem Beirat Plakatierungsflächen aus ihrem Kontingent zur Verfügung gestellt.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch bemerkt, dass sich mehrere Dinge in der Diskussion vermischen. Zum einen bestimme der Wert des Gremiums über die Wahlbeteiligung.

Wie die Personen, die sich zur Wahl stellen, beworben werden, sei ein anderer Punkt, der heute nicht zur Diskussion stehe.

Zur Frage, wie die Wahl geregelt sei, spricht sie, nur eine Stimme pro Wahlberechtigten abzugeben. Sie glaubt, dass dann die Bedeutung der einzelnen Stimme erhöht werde, als wenn drei Stimmen abgegeben werden können.

Weiter erscheine ihr die Erklärung in einfacher Sprache als auch in den Hauptsprachen wichtig.

Nach einem Austausch zum weiteren Verfahren informiert **Frau van Kaldenkerken**, dass eine Vorlage erarbeitet werde, in welche die hier vorgestellten Änderungen eingearbeitet werden und welche dann in den Gremien beraten werde, zu denen auch der Integrations- und Ausländerbeirat gehöre.

Gleichzeitig bittet sie um Verständnis, dass die Vorlage nicht kurzfristig vorgelegt werden könne, weil das Bürgeramt neben der bevorstehenden Bundestagswahl aktuell noch zwei andere große Aufgaben erfüllen müsse. Sie betont aber, dass sie großes Interesse habe, dass die Änderung Wahlordnung danach zügig bearbeitet werde.

Frau Winkler greift den Vorschlag der Verlegung des Wahltermins auf und berichtet aus den gemeinsamen Beratungen mit dem Bürgeramt, dass Einigkeit bestanden habe, die Beiratswahl nicht mit der Stadtratswahl koppeln. Auch die Verbindung mit der Landtagswahl sei ungünstig, weil sie meist erst im September stattfinde und gegebenenfalls auch in die Ferien fallen könnte. Die Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates könnte außerdem in dem Wahlgesehen „untergehen“. Man habe dann nach einem anderen geeigneten Termin gesucht und wegen der Herbstferien habe man sich dann auf Anfang November 2017 verständigt.

Frau Engelbrecht unterbreitet den Vorschlag, dass der Termin nicht konkret fixiert werde, sondern lediglich die Frist von einem halben Jahr nach der Kommunalwahl. Der Termin werde dann vom Oberbürgermeister festgelegt. Das habe den Vorteil, dass vor jeder Wahl individuell ein geeigneter Termin unter Berücksichtigung anderer Termine (Wahlen, Ferien etc.) festgelegt werden könne.

Frau Winkler unterstützt den Vorschlag. Davon unbenommen sei eine vorherige Abstimmung des konkreten Wahltermins mit dem Integrations- und Ausländerbeirat vor der Festlegung durch den Oberbürgermeister wünschenswert.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht, sodass **Herr Dr. Jinah** das Thema abschließt.

5 Informationen/Sonstiges

1. Informationen des Vorsitzenden des Integrations- und Ausländerbeirates

1.1. Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung am 27. September 2017

Herr Dr. Jinah unterbreitet folgende Vorschläge:

- Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende – Einladung Sozialamt
- Familienangehörige jüdischer Zuwanderer § 23 (2) SächsAufenthG – Einladung Sächsischer Ausländerbeauftragter sowie seiner juristischen Referentin

Des Weiteren trägt er eine Thematik vor, die ihm aufgefallen sei:

In der Dresdner Neustadt seien in den Bereichen der Scheune, insbesondere des Vorplatzes, sowie des Alaunparks Probleme mit Menschen mit Migrationshintergrund bezüglich Kriminalität, Gewaltanwendung, Drogen/-handel, sexuelle Belästigung bis hin zu Nötigung, Vergewaltigung festzustellen. Durch einige Initiativen sei ihm zugetragen worden, dass u. a. unbegleitete ausländische Minderjährige darin involviert seien.

Inzwischen würde insbesondere der Scheune-Vorplatz von den früheren Nutzern gemieden. Die Entwicklung hält Herr Dr. Jinah für besorgniserregend.

Im Übrigen sei neben der Neustadt auch die Friedrichstadt davon betroffen.

Er bittet die Mitglieder um Vorschläge, welche Gäste dazu eingeladen werden.

Frau Stadträtin Malberg schlägt vor, Herrn Lippmann wegen der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen zur Sitzung einzuladen.

Herr Stadtrat Drews kennt als kompetenten Ansprechpartner zu sicherheitsrelevanten Fragen aus dem Ortsbeirat Neustadt den Leiter des Polizeireviers Nord, Herrn Imhoff. Er könnte zu den Delikten und Personengruppen Auskunft geben.

Weiter unterbreitet er den Vorschlag, Vertreter der Streetworker einzuladen.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch greift ihren Vorschlag aus der vergangenen Sitzung auf, die Regionalkoordinatoren einzuladen, weil sie nah an den Menschen seien.

Nach einem kurzen Austausch verständigt sich der Beirat einvernehmlich, das Thema zur nächsten Sitzung aufzurufen und den Leiter des Jugendamtes, Herrn Lippmann, den Leiter des Polizeireviers Nord, Herrn Imhoff, sowie einen Vertreter von Afropa e. V. als zuständiger Regionalkoordinator für die Dresdner Neustadt einzuladen.

1.2. Interkulturelle Tage 2017 – Straßenfest am 30. September 2017

Herr Dr. Jinah bittet Frau Domingo, eine Doodle-Liste mit einer 2-Stunden-Einteilung zu erstellen, wo sich die Mitglieder für die Betreuung des Standes des Integrations- und Ausländerbeirates eintragen. Er bittet um die Mitarbeit und Unterstützung der Beiratsmitglieder.

Der Standplatz sei reserviert und Herr Vincze werde sich um den Transport des Equipments kümmern.

Herr Dr. Jinah sei als Moderator des Straßenfestes involviert und werde auch vor Ort sein.

1.3. Fortbildung des Integrations- und Ausländerbeirates

Am 17., 18. oder 19. November 2017 könne eine Fortbildungsveranstaltung organisiert werden, so **Herr Dr. Jinah**. Er habe eine Referentin avisiert, welche zu Themen wie Beiratsbildung und -arbeit, Zukunftsplanung fortbilde.

Möglicherweise könne auch in dem Zusammenhang ein Treffen mit dem Chemnitzer Ausländerbeirat organisiert werden. Zu Details müsste man sich noch verständigen. Er kündigt an, dazu per E-Mail mit den Mitgliedern in Kontakt zu treten.

2. Informationen der Mitglieder

Frau Yefremova informiert über die Projekte „Klangquartier Friedrichstadt“, welches vom August bis zum Dezember 2017 laufe, sowie das Kinderfestival „Mosaik“, welches am 7. und 8. Oktober 2017 im Rahmen der Interkulturellen Tage stattfindet. An beiden Projekten beteilige sich das Eltern- und Kinderzentrum Kolibri e. V. Sie reicht den Mitgliedern dazu Flyer aus.

Weitere Beratungsthemen und Informationsbedarfe liegen nicht vor. **Herr Dr. Jinah** schließt die Sitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Angelika Malberg
Stadträtin

Vincent Drews
Stadtrat